

Medienmitteilung

Themen	«Handschlag-Affäre»
Für Rückfragen	Daniel Altermatt, Vizepräsident und Landrat glp BL, 079 237 17 26 Mathis Häuptli, Landrat glp BL, 076 383 36 78
Absender	Grünliberale Partei Basel-Landschaft www.bl.grunliberale.ch
Datum	9. März 2017

Die Grünliberalen Basel-Landschaft lehnen gesetzlichen Aktivismus entschieden ab

Für einen Handschlag braucht es nicht neue Gesetze, sondern gesunden Menschenverstand.

Als Reaktion auf den damaligen Rummel um die sog. "Handschlagaffäre" hat der Regierungsrat des Kantons Basellandschaft ein gesetzgeberisches Paket geschnürt und in die Vernehmlassung geschickt, mit welchem er - in guter Absicht - die Schulen bei ihrer teils schwierigen Integrationsarbeit unterstützen möchte. Und dies obwohl die geltenden gesetzlichen Regelungen bei konsequenter Anwendung längst genügen würden.

Aufgrund von Einzelfällen zu versuchen, eine allgemeingültige gesetzliche Regelung zu entwerfen, kann nicht funktionieren. Und schon gar nicht, wenn - wie im vorliegenden Fall - es dazu auch gar keinen Grund gibt. Wenn es in der Schule Hinweise gibt für einen mangelhaften Integrationswillen und/oder einen fundamentalistischen oder extremistischen Hintergrund von Schülern oder deren Familien, dann ist die Ausländer-Gesetzgebung an zu wenden. In solchen Fällen sind ausländerrechtliche Massnahmen zu prüfen, wie beispielsweise der Widerruf einer Aufenthaltsbewilligung.

Eine Meldepflicht - so man eine solche überhaupt vertreten kann - darf sich nur auf Hinweise beschränken, welche in Zusammenhang mit einer Weigerung zur Integration oder fundamentalistischen oder extremistischen Gedankengut stehen. Aber auch dafür braucht es keine neue Gesetzgebung, es kann das Instrument der Gefährdungsmeldung eingesetzt werden.

Die Grünliberalen erwarten, dass die geltenden Regelungen konsequent angewendet werden und lehnen deshalb die vorgeschlagenen Gesetzes- und Verfassungsänderungen rundweg ab.